

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Berichtstand für beide Jahre
in Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Schaele
Druck und Verlaag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 294

Freitag, den 16. Dezember 1927

101. Jahrgang

Das Versorgungsgesetz im Reichstag

Verabschiedung der Vorlage

II. Berlin, 16. Dez. Im Reichstag wurde gestern die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz, die auf Grund der Erhöhungen der Beamtenbesoldung auch eine Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und ihrer Hinterbliebenen bringt, in zweiter und dritter Lesung endgültig angenommen.

Nach den arbeitsreichen Sitzungen und den endlosen Kämpfen um die Befoldungsordnung ist im Reichstag eine gewisse Erschlaffung eingetreten, die wohlthuend auf die Temperatur der Beratungen wirkt, obwohl natürlich an sich auch die Frage der Erhöhung der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenbezüge Gelegenheit zu lebhaften Anklagen gibt. Die Befoldungsordnung und die Kriegsbeschädigtenfürsorge stehen in einem gewissen inneren Zusammenhang. Die Regierung hat 225 Millionen Mark jährlich zur Verfügung gestellt, um wenigstens den Bedürftigsten zu helfen. Der Ausschuss hat an Einzelheiten noch Verbesserungen vorgenommen, hat sich im großen und ganzen aber damit abfinden müssen, daß die Finanzlage des Reiches weitere Hilfe nicht gestattet. Den Parteien der radikalen Opposition leuchtet natürlich dieser Grund nicht ein. Die Sozialdemokraten kommen mit sehr viel weitergehenden Anträgen, die auf mindestens eine Milliarde jährlich geschätzt werden, aber gerade von Zentrumsseite wird den Sozialdemokraten nahegelegt, daß die Sorge um die Bilanzierung des Haushalts doch schließlich keine Parteiangellegenheit sei, sondern daß auch die Opposition sich darum kümmern müßte, daß deshalb aussichtslose Anträge gar keinen Sinn hätten, weil sich das Verhältnis zwischen Regierungsparteien und Oppositionsparteien doch einmal umdrehen. Freilich auch die Regierungsparteien erkennen an, daß die jetzt eintretende Erhöhung eine abschließende Versorgung noch nicht bildet, sie erkennen aber ebenso an, daß ge-

sehen ist, was im Augenblick geschehen konnte und vertrauen darauf, daß auch die Kriegsbeschädigten die begrenzten Möglichkeiten anerkennen, die für das Reich bestehen.

Die Befoldungsvorlage im Reichsrat

Der Reichsrat stimmt der Befoldungsvorlage zu.

II. Berlin, 16. Dez. Der Reichsrat erklärte sich in seiner Vollsitzung am Donnerstag einstimmig mit der Befoldungsvorlage in der Fassung der Reichstagsbeschlüsse einverstanden. Bayern, Thüringen, Württemberg und einige andere kleinere Staaten ließen erklären, daß sie zwar insbesondere aus finanziellen Gründen mit der Vorlage nicht einverstanden seien, aber im Interesse der Beamtenenschaft von einem Einspruch Abstand nahmen.

Einverstanden erklärte sich der Reichsrat auch mit einer Verordnung, die gleichzeitig mit der Befoldungsordnung in Kraft treten soll, wonach die bisherigen örtlichen Sonderzuschläge aufgehoben werden sollen. Nur in den Orten des besetzten Gebietes wird längstens für die Dauer der Gewährung der Befoldungszulage noch der Zuschlag gewährt, aber zu einem ermäßigten Prozentsatz. Der Reichsrat erklärte sich weiter mit den Reichstagsbeschlüssen zu dem Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Seefahrer einverstanden. Dem badischen Wäckerinnungsverband in Karlsruhe wurde die Rechtsfähigkeit verliehen. Angenommen wurde ein Gesetzentwurf betr. ein Abkommen mit Finnland über die Unfallversicherung. Die Geltungsdauer der Verordnung über die Ausfuhr von Kunstwerken wurde bis Ende Dezember 1929 verlängert. Das Kriegsbeschädigten-Schutzgesetz wurde angenommen. Aus finanziellen Gründen ist von dem Reichsrat an den Sägen der Vorlage nichts geändert worden.

Das Schicksal des Reichsschulgesetzes

Vertagung der Ausschlußberatungen

II. Berlin, 16. Dez. Der Bildungsausschuss des Reichstages hat sich gestern bereits bis zum 9. Januar vertagt, ohne die erste Lesung des Schulgesetzentwurfes zu Ende zu führen. Von den insgesamt 20 Paragraphen der Vorlage hat der Ausschuss erst 18 erledigt.

Diese Vertagung bedeutet praktisch den Verzicht auf die Durchberatung des Schulgesetzes in den nächsten Monaten, da bis zum April die Zeit des Reichstages mit der Staatsberatung mehr als hinreichend ausgefüllt ist. In parlamentarischen Kreisen hatte man noch in der vergangenen Woche die Hoffnung gehegt, die erste Lesung des Schulgesetzes wenigstens technisch im Ausschuss durchzuführen zu können, es hat sich aber praktisch gezeigt, daß die Gegensätze gerade bei den wichtigsten noch offen stehenden Fragen fast unüberbrückbar waren. Eine Übereinstimmung zwischen Zentrum, Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei war weder zu erzielen bei der geistlichen Schulaufsicht, noch bei der Schutzfrist für die Simultanschule. Das Zentrum hat bereits das Interesse verloren. Allein die Deutschnationalen halten noch nahe an dem Schulgesetz fest, während die Deutsche Volkspartei nach wie vor grundsätzlich zur Mitarbeit bereit ist, aber die süddeutsche Simultanschule nicht opfern will und sich mit aller Entschiedenheit jedem Versuch widersetzt, die geistliche Schulaufsicht auf Umwegen neu zu errichten. Ganz allgemein gesehen sind deshalb die Aussichten auch für die Zeit nach Ostern mehr als ungünstig, und es wäre verständlich, wenn Herr von Kundell unter diesen Umständen innerlich bereits auf das Schulgesetz in seiner gegenwärtigen Form Verzicht geleistet hätte. Im Reichstag wird davon gesprochen, daß er die Weihnachtspause benutzen will, um ein neues Gesetz auszuarbeiten, das sich in wesentlich engeren Grenzen hält.

Verlängerung des Mieterschutzgesetzes

Verlängerung des Mieterschutzgesetzes.

II. Berlin, 16. Dez. Im Wohnungsausschuss des Reichstages wurde gestern bekannt, daß die Gesetzentwürfe zur Änderung des Reichsmieten- und des Mieterschutzgesetzes vom Reichstag nicht mehr verabschiedet werden können. Die Regierungsparteien haben inzwischen einen Antrag gestellt, das

bestehende Mieterschutzgesetz, das am 31. Dezember ablaufen würde, bis zum 15. Februar zu verlängern. Der Wohnungsausschuss will seine Arbeiten bereits am 11. Januar wieder aufnehmen, damit im Ausschuss die Novelle zum Mieterschutzgesetz rechtzeitig verabschiedet werden kann.

Eine Denkschrift über die Wohnungsnot.

Der Reichsarbeitsminister hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung vorgelegt. Sie zerfällt in drei Abschnitte, und zwar 1. Wohnungsnot und Wohnungsbedarf; 2. Mieterschutz, Zwangswirtschaft und Mietsbildung; 3. der Wohnungsbau. Es handelt sich bei der Arbeit um eine gründliche und umfangreiche Darlegung aller mit dem Wohnungsbau zusammenhängenden Fragen. Im 1. Abschnitt wird u. a. auf eine Untersuchung des statistischen Reichsamtes über den Überschuss der Zahl der Haushaltungen über die Zahl der Wohnungen Bezug genommen, die zu dem Ergebnis geführt hatten, daß unter gewissen Vorbehalten für Ende 1928 mit einem Haushaltsüberschuss von etwa 950 000 und für die Zeit bis 1935 mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von rund 200 000 Haushaltungen zu rechnen ist. Von 1935 ab wird voraussichtlich der scharfe Geburtenrückgang in der Kriegs- und Nachkriegszeit in der Wohnungsnachfrage zum Ausdruck kommen. Im 2. Abschnitt werden die Maßnahmen des Reiches und der Länder gegen den Wohnungsmangel dargelegt und auch die Frage der Mieterhöhung eingehend behandelt. Im 3. Abschnitt geht die Denkschrift auf die wirtschaftliche Bedeutung des Wohnungsbauens und auf den Zusammenhang von Wohnungsbau und Wirtschaftskonjunktur ein. Es wird dann die Bautätigkeit seit dem Jahre 1924 und ihre Finanzierung geschildert. In 42 Anlagen befindet sich eingehendes statistisches Material, das die Ausführungen der Denkschrift vervollständigt.

Um die Senkung der Lohnsteuer

II. Berlin, 16. Dez. Im Steuerausschuss des Reichstages wurde gestern ein gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei behandelt, der die Regierungsvorlage über die Senkung der Lohnsteuer, die eine Ermäßigung des Steuerfußes von 8 Prozent auf 9 bzw. 9,5 Prozent vorsieht, durch andere Bestimmungen ersetzen will. Nach diesem Antrage sollen von der monatlich zu entrichtenden Lohnsteuer 15 Prozent abgezogen werden. Der abziehende Betrag soll jedoch mo-

Tages-Spiegel

Der Reichstag hat gestern die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz verabschiedet.

Der Reichsrat hat in seiner gestrigen Sitzung der vom Reichstag verabschiedeten Befoldungsvorlage zugestimmt.

Die Ausschlußberatungen über den Reichsschulgesetzentwurf sind vertagt worden. Da eine Einigung aussichtslos ist, erwartet man in Berlin die Vorlage eines neuen Schulgesetzentwurfes.

Der Reichsarbeitsminister hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung angeleitet.

Die schweizerische Bundesversammlung wählte den Vizepräsidenten Schulthess zum Bundespräsidenten.

Zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und dem Reparationsagenten haben Verhandlungen über die Aufnahme einer 100-Mill.-Dollars-Anleihe stattgefunden.

Die Schlichtungskammer in Düsseldorf hat gestern zwei Schiedssprüche im Konflikt in der Schwer-Industrie gefällt.

nentlich 2 M nicht übersteigen. Die veranlagte Einkommensteuer soll gleichfalls um 15 Prozent gesenkt werden, höchstens jedoch um 25 M jährlich, wenn das Einkommen den Betrag von 8000 M nicht übersteigt. Ferner beschloß der Ausschuss eine Erhöhung der abzugsfähigen Sonderleistung. Der Lohnsteuerbetrag soll nicht erhoben werden, wenn er monatlich 1 M oder wöchentlich 25 S nicht übersteigt. Diese Bestimmungen sollen ab 1. Januar in Kraft treten. Weiter sieht der Antrag eine Bestimmung vor, daß die Reichsregierung eine neue Senkung der Lohnsteuer herbeizuführen hat, wenn im Kalenderjahr 1928 oder später die Lohnsteuer 1,3 Milliarden Mark jährlich übersteigt.

Von der Reichsregierung wurde erklärt, daß die Annahme dieses Antrages einen jährlichen Ausfall von 130 Millionen Mark Lohnsteuer und von 30-35 Millionen Veranlagungssteuer bedeutet. Die Reichsregierung sei damit einverstanden, daß die bisherige Regierungsvorlage durch diesen Antrag ersetzt werde. Der Reichsfinanzminister erklärte, er hoffe, daß nunmehr die Senktionsaktion keine Schwierigkeiten im Reichsrat finden werde. Die Deutsche Volkspartei beteiligte sich an dem Kompromissantrag nicht. Die Ausschlußberatungen wurden bis Freitag ausgesetzt, um den Mitgliedern des Ausschusses Zeit zur Prüfung des neuen Antrages zu geben.

Schiedsspruch in der Schwer-Industrie

Die Frage der Arbeitszeit individuell geregelt.

II. Düsseldorf, 16. Dez. Entgegen den ursprünglichen Erwartungen haben die Schlichtungsverhandlungen in der Eisenindustrie bereits gestern nachmittag zu einem Schiedsspruch geführt.

Der Schiedsspruch zerfällt in zwei Teile, deren erster die Frage der Arbeitszeit in allen Einzelheiten und durchweg bei den einzelnen Werken individuell regelt. Dieser erste Schiedsspruch für die Arbeitszeit ist ein ausführliches Dokument, in dem sich die von dem Reichsarbeitsminister in seinem Brief an die Großhessenerindustrie festgelegten Richtlinien hinsichtlich der prinzipiellen Durchführung der Verordnung vom 16. Juli 1927 und der in dieser Verordnung vorgesehenen Ausnahmemöglichkeiten unter Zuhilfenahme der alten Bundesratsverordnung über die Beschränkung der Sonntagsruhe auf zwölf Stunden verwirklicht finden.

Der zweite Schiedsspruch regelt die Lohnfrage als solche. Die Grundzüge sind folgende: Es wird eine Lohnenerhöhung um zwei Prozent festgesetzt, ferner ein Lohnausgleich für Akkord- und Prämienarbeiten um 60 Prozent. Die Dauer des Lohnabkommens ist bis zum 1. Oktober 1928 festgesetzt. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 19. Dezember 18 Uhr.

Am Samstag Stellungnahme der Gewerkschaften zum Schiedsspruch.

II. Essen, 16. Dez. Die Gewerkschaften werden voraussichtlich in Funktionärsitzungen am Samstag und Sonntag in Essen zu dem in der Eisenindustrie gefällten Schiedsspruch Stellung nehmen.

Vindberghs Mexikoflug

21. Newyork, 15. Dez. Oberst Vindbergh ist, von Amerika kommend, auf dem Flugplatz in Mexiko City eingetroffen und glatt gelandet. Auf dem Flugplatz hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden. Sämtliche Mitglieder des Kabinetts, an ihrer Spitze Präsident Calles, und der amerikanische Botschafter sowie zahlreiche Deputierte, Senatoren und prominente Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Handel und Industrie waren erschienen. Vindbergh hat den 2000 Meilen langen Flug trotz der ungünstigen Witterungsbedingungen in sehr guter Zeit zurückgelegt.

Der Tag der Ankunft Vindberghs ist in ganz Mexiko zum Nationalfeiertag erklärt worden. Amerika mißt dem Mexikoflug des Obersten Vindbergh größte Bedeutung für die Wiederherstellung besserer Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko zu.

Württ. Landtag

Steuerfragen im Finanzausschuß.

Im Finanzausschuß wurde Kap. 81 (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer) beraten. Der Berichterstatter Winkler (Soz.) verlangte die Beseitigung gewisser Ungleichheiten in der Auswirkung der Gewerbesteuer und wünschte eine grundsätzliche Änderung des Gewerbesteuergesetzes in einzelnen Punkten, da man auf die Regelung durch das Reichsrahmengesetz nicht warten könne. Er stellte deshalb eine Reihe von Änderungsanträgen. Ein Redner des Bauernbundes erklärte es für unmöglich, im Rahmen der Etatberatungen bestimmte Anträge auf Änderung einzelner Gesetzesbestimmungen anzunehmen. Ebenso äußerten sich Redner der Demokratie, des Zentrums, der Bürgerpartei und der Deutschen Volkspartei. Der Finanzminister erklärte, daß die Auffassung des Finanzministeriums über das Gewerbesteuergesetz zusammengefaßt sei in der Antwort auf die Kleine Anfrage des Abg. Winkler. Durch die Nachprüfung seitens der Oberbehörde würden zweifellos manche Unebenheiten beseitigt werden. Ein Mitglied der Bürgerpartei erklärte das württembergische Gewerbesteuergesetz als das beste in Deutschland. Es heute schon zu ändern, wäre verkehrt und gefährlich. Ein Mitglied des Zentrums verlangte, daß der gewerbliche Reinertrag nicht als einziges Veranlagungsmerkmal angesehen werden sollte. Ein demokratischer Redner vertrat aber die Meinung, daß der gewerbliche Reinertrag ein maßgebliches Moment der Veranlagung bleiben müsse. Ein Mitglied der Deutschen Volkspartei fand, daß die Staffelung der Grundsteuer das Umlageverfahren immer komplizierter mache. Die Nichtsätze des Landesfinanzamtes über die Ermittlung des Gewerbeertrages auf Grund des Umsatzes seien bei manchen Betrieben zu hoch. Bei den Mittelhabern eines Unternehmens wirke sich das Gewerbesteuergesetz vielfach so aus, daß gar kein Steuerkapital mehr herauskomme. Der Finanzminister erklärte sich bereit, sofort zu prüfen, wie am besten abgeholfen werden kann. Bisher mußte man annehmen, daß das Reichsrahmengesetz auf 1. April 1928 durchgeführt werde. Erst seit einigen Tagen wisse man, daß dieser Zeitpunkt nicht eingehalten werden könne. Im Januar werde das Material über die Wirkung des Gewerbesteuergesetzes dem Finanzministerium bekannt sein. Dann werde sich auch die Abstellung von Härten ermöglichen lassen. Die Kap. 81, 83, 85 und 87 wurden genehmigt. Zu Kap. 81 wurde ein Antrag der Rechten und des Zentrums angenommen, das Staatsministerium möge dahin wirken, daß das in Aussicht stehende Steuervereinfachungsgesetz nicht zum Verlust der Steuerhoheit des württ. Staates führt, daß die Grundsteuer und Gewerbesteuer in ein angemessenes Verhältnis gebracht werden, daß die Verwaltung und der Einzug der Realsteuern wie bisher durch Landes- und Gemeindebehörden erfolgt, daß die Besteuerung der Ausmärker nicht von den Gemeinden des Betriebsortes, sondern von der Markungsgemeinde erfolge und daß der Kleinbesitz steuerlich entlastet wird. Angenommen wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag betr. Entlastung der kleinen Landwirte durch das Reichsrahmengesetz und ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, dem Landtag nach Verabschiedung des Reichsrahmengesetzes Vorschläge über die Staffelung der Grundsteuer zu machen, die eine Entlastung der kleinen Landwirte bei der Grundsteuer herbeiführen. Mit 8 gegen 7 Stimmen wurde weiter ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt betr. Vorlegung eines Verzeichnisses über die vom Finanzministerium in den beiden letzten Jahren nachgelassenen Grund-, Gewerbe- und Gebäudesteuern. Angenommen wurde ein Antrag Dr. Wiber (B.P.) auf Vorschläge der Regierung zur Ausgleichung von Härten und Ungerechtigkeiten und ein Antrag Bod (B.), der dahin geht, die Regierung möge, falls das Steuervereinfachungsgesetz vom Reichstag nicht in bald beschlossener Weise, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der insbesondere den gewerblichen Reinertrag als einziges Veranlagungsmerkmal beseitigt und auch sonst dem Verlangen Rechnung trägt, daß große, die Einrichtungen von Gemeinden erheblich beanspruchende Betriebe nicht nur mit einem Gewerbesteuereinkommen von 30 Rm. veranschlagt werden können. Schließlich wurde noch ein Antrag mehrerer bürgerlicher Parteien angenommen, das Staatsministerium möge dem Landesfinanzamt gegenüber zum Ausdruck bringen, daß eine genaue Nachprüfung seiner Richtlinien für die Ermittlung des gewerb-

lichen Reinertrages auf der Grundlage des Umsatzes, besonders bei den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, erforderlich erscheint, um zu erreichen, daß im Einschätzungsverfahren nicht ein über die tatsächliche Höhe hinausgehendes Einkommen ermittelt wird. Die sozialdemokratischen Änderungsanträge zum Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetz wurden sämtlich abgelehnt.

Die Verteilung der Steuerlasten.

Die Kleine Anfrage des Abg. Winkler, betr. eine gerechte Verteilung der Steuerlasten, hat das Finanzministerium wie folgt beantwortet: 1. Das Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetz vom 7. 1. 27 hat im ganzen, d. h. nach dem Verhältnis der drei Gesamtkataster zueinander, schon für das Rechnungsjahr 1926 das von Regierung und Landtag gewünschte Ergebnis gebracht, nämlich einen gerechten Ausgleich der Steuerlast unter den Gewerbetreibenden sowohl wie zwischen Gewerbe, Landwirtschaft und Hausbesitzer erzielt und Ordnung in den Finanzen insbesondere der Gemeinden geschaffen. Die Befürchtung einzelner Parteien, durch die neue Gewerbesteuer würde das Gewerbe erdrückt, hat sich nicht verwirklicht, vielmehr hat sich die Steuerlast des einzelnen Gewerbetreibenden in den Grenzen der Tragbarkeit und der Leistungsfähigkeit gehalten. Soweit sie als übermäßig hoch empfunden wird, ist sie nicht durch das Gewerbesteuergesetz verschuldet, sondern durch den verlorenen Krieg und durch die Folgen, die sich daraus entwickelt haben. Vom 1. April 1927 ab hat die Herabsetzung der Staatssteuer von 7 Prozent auf 5 Prozent die Steuerlast gleichermaßen für Gewerbe wie für Landwirtschaft und Hausbesitz erleichtert. 2. Der Grundgedanke des Gesetzes ist die Besteuerung des Gewerbeertrages nach dem dreijährigen Durchschnitt. Dieser kann sich erst mit der 3. Veranlagung auf 1. April 1928 voll auswirken. Sobald die unvermeidbaren Folgen des Übergangs zu einem neuen Steuerystem verschwunden sind, die für das erste Jahr 1926 zu Nachzahlungen und Rückerstattungen gegenüber den nach der vorjährigen Steuerlast zu leistenden Vorauszahlungen geführt haben, werden auch die Unebenheiten ausgeglichen sein, wie sie bei der Veranlagung für 1926 sowohl bei kleineren wie größeren Gewerbebetrieben zutage getreten sind. Diese Unebenheiten sind in der Hauptsache nur vorgekommen bei Betrieben, die mit Schulden oder infolge der im Herbst 1925 einsetzenden Wirtschaftskrise mit Verlust gearbeitet haben. Nach der von allen Parteien geteilten Auffassung sollten im Gegensatz zu Landwirtschaft und Hausbesitz bei dem Gewerbe die Schulden sowohl wie die Betriebsverluste berücksichtigt und der Schuldenabzug noch über den Umfang des Gewerbesteuergesetzes von 1922 hinaus erweitert werden. Die Absicht des Gesetzgebers war, dem Gewerbe den Wiederaufbau des Betriebskapitals zu erleichtern, damit es im Wettbewerb mit anderen Gewerben gleicher Art in den anderen Ländern nicht unterliege. Steuerpflichtige dieser Art sind daher nur aus der fünfprozentigen Rente ihres Betriebskapitals (unter Abrechnung der Betriebsgebäude und unüberbauten Grundstücke) und, wenn sie ein schuldenfreies Betriebskapital nicht hatten, nur mit dem Mindestbetrag von 30 Rm. zur Gewerbesteuer herangezogen worden. Bei besonders gelagerten Fällen haben sich solche Steuerpflichtige bereit erklärt, der Gemeinde über die Veranlagung hinausgehende Steuerbeträge zu entrichten. 3. Wie dem Finanzministerium bekannt geworden ist, hat der Fragesteller namens der soz. Fraktion des Landtags in einem gedruckten Rundschreiben die Schultzeisenämter unter Inanspruchnahme der Verschwiegenheit gebeten, ihm in einem beigefügten Vordruck das Gewerbesteuerkataster einzelner Gewerbebetriebe für die Jahre 1914, 1925 und 1926 mitzuteilen. Sollten einzelne Gemeindebeamte unter Verletzung ihrer Amtspflicht eine Auskunft darüber abgegeben haben, so könnte aus den bekanntgegebenen Ergebnissen der Gewerbesteuerveranlagung von 1914 und 1925 kein Schluß auf die Brauchbarkeit des neuen Gewerbesteuergesetzes gezogen werden. Denn das Gewerbesteuerkataster von 1914 ist nur nach äußeren Merkmalen festgesetzt worden und kann daher bei den heutigen schwankenden Verhältnissen keinen geeigneten Vergleichsmaßstab geben. Die Verschwiegenheit, die gegenüber 1914 und 1925 in dem Gewerbesteuerkataster des einzelnen Gewerbetreibenden eingetretten sind, und ebenso das Gewerbesteuerkataster von 1926, geben deshalb noch keinen Anhaltspunkt dafür, daß das neue Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetz bei seiner vollen Auswirkung zu einer ungerechten Verteilung der Steuerlast führt. 4. Unter der Einwirkung der wirtschaftlichen Besserung im Wirtschaftsjahr 1926, der günstigeren Geschäftsergebnisse des Wirtschaftsjahres 1927 und des dreijährigen Durchschnitts wird die Gewerbesteuerveranlagung zum Teil schon für 1927 und noch mehr für 1928 ein wesentlich gleichmäßigeres Bild zeigen. Grundfähliche Änderungen des Gesetzes können daher im jetzigen Zeitpunkt nicht in Frage kommen. Spätestens mit Wirkung vom 1. April 1929 ist überdies nach dem Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes, der derzeit dem Reichsrat vorliegt, mit einer reichsrechtlichen Regelung der Gewerbesteuer wie auch der Grund- und Gebäudesteuer zu rechnen.

SCB. Stuttgart, 15. Dez. Der Abg. Wernwag (B.P.) hat folgende Kleine Anfrage gestellt: In verschiedenen Gemeinden des Oberamts Balingen, sowie in einigen anderen Landesteilen ist infolge von Unwetterschäden im Jahre 1928 zum Teil die gesamte Ernte vernichtet worden, so daß einem Teil der Landwirte, die unter dieser Katastrophe besonders schwer gelitten hatten, Notstandsdarlehen gegeben werden mußten. Diese Darlehen sollten nun auf 1. Januar 1929 zur Hälfte zurückbezahlt oder mit 7-8 Prozent verzinst werden. Infolge der schlechten Einbringung der diesjährigen Ernte und des ständigen Rückganges der Vieh-

und Schweinepreise ist jedoch die Notlage der in Frage kommenden Betriebe, insbesondere der kleinbäuerlichen Betriebe derart, daß ihnen eine Rückzahlung der Darlehen unmöglich ist. Ich frage deshalb das Staatsministerium, ob es bei dieser erschütternden Notlage bereit ist, die Rückzahlungsdauer zu verlängern und auf die Zinszahlungen zu verzichten.

SCB. Stuttgart, 15. Dez. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat dieser Tage den Entwurf einer neuen Gemeindeordnung fertiggestellt. Der Entwurf entspricht im wesentlichen dem vor kurzem öffentlich bekanntgegebenen Entwurf des Innenministeriums. Er wird dem Landtag demnächst zugehen.

Aus Württemberg

Staatspräsident Bazille gegen den Einheitsstaat.

Anlässlich seines Besuchs in Heilbronn hat Staatspräsident Bazille im Heilbronner Rathaus eine beachtenswerte Rede gehalten. Er führte darin u. a. aus: Der Besuch in Heilbronn sei der letzte, den er in diesem Jahre mache. Da im kommenden Jahre die Wahlen stattfinden, halte er es für nicht angezeigt, weitere Besuche bei anderen Städten zu machen. Seine Besuche seien vielfach mißdeutet worden. Das Wesen der Politik sei aber Erfahrung und Beobachtung. Die wissenschaftliche Theorie sei zwar notwendig, müsse aber ergänzt werden durch Erfahrung und Beobachtung, sonst arbeite man im blutleeren Raum. Deshalb halte die Regierung eine Fühlungnahme mit der Bevölkerung im Lande draußen für zweckmäßig. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ging der Staatspräsident noch auf einige aktuelle politische Fragen ein. Das Verhältnis von Gemeinden und Staat sei vielfach durch die gegenwärtige Finanznot getrübt worden. Die württ. Regierung werde sich bei den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen bemühen, eine Erhöhung der Ausgleichssummen zu erreichen, damit auch einige dringende Gemeinewünsche erfüllt werden können. Der Vorwurf der Verschwendung, den man den Städten schon gemacht habe, treffe auf unsere württ. Verhältnisse nicht zu. Das Problem der Erhaltung der Volkswirtschaft in allen ihren Zweigen liege der württ. Regierung sehr am Herzen. Sie habe der Landwirtschaft ihre besondere Fürsorge angedeihen lassen, weil die Landwirtschaft in einer besonders bedrängten Lage gewesen sei. Die Haltung in der Frage des deutsch-spanischen Handelsvertrages beweiße am besten, daß sich die Interessen der Landwirtschaft mit denen der Exportindustrie vereinigen lassen. Die schwierigste Frage der Gegenwart sei das Verhältnis zwischen Reich und Ländern. Vermutlich werde in den nächsten Jahren um dieses Problem ein heftiger Kampf entbrennen. Die Annahme, daß durch die Schaffung des Einheitsstaates Ersparnisse erzielt würden, beruhe auf einer Illusion. Der Staatspräsident faßte kurz alle Gründe zusammen, daß vom wirtschaftlichen und kulturellen Standpunkt aus die Aufgabe der Selbständigkeit der Länder einen großen Verlust für das deutsche Volk bedeuten würde. Wenn der Einheitsstaat wirklich dem Zug unserer Zeit entsprechen würde, so könnte man sich mit ihm wie mit einem historisch notwendigen Ereignis abfinden. In keinem der großen Föderativstaaten der Welt, weder in Amerika noch in Rußland noch in der Schweiz, machen sich aber unitaristische Tendenzen geltend. Sie seien lebendig in Deutschland zu verzeichnen; den Einheitsstaat müsse man deshalb ablehnen.

Finanzminister Dr. Dethlinger gegen den Einheitsstaat.

Finanzminister Dr. Dethlinger hält zurzeit Wahlreden. In einer Versammlung der deutschen Nationalen Volkspartei in Ludwigsburg wandte er sich gegen den Vorwurf der Mißwirtschaft und betonte die Wiederherstellung der Ordnung in den württ. Finanzen. Weiter führte er aus, wenn verschiedene Länder nach dem Einheitsstaat rufen, so täten sie es, weil ihre Finanzen vor dem Zusammenbruch ständen. Was helfe es einem Lande, wenn es zwar fette Städte, aber einen ausgehungerten Staat habe. Württemberg brauche nicht von Berlin regiert zu werden. Es erfreue sich einer günstigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur und habe auch die geringste Arbeitslosigkeit. Die Sozialdemokratie rufe nur deshalb nach dem Einheitsstaat, weil sie glaube, dort den größeren Einfluß zu gewinnen.

Inbetriebnahme neuer Gleise im Stuttgarter Hauptbahnhof

Von der RWG. wird mitgeteilt: Anlässlich der Inbetriebnahme neuer Gleise treten vom 15. bis 19. Dezember in der Abfahrt und Ankunft einzelner Züge in Stuttgart Hbf. Änderungen ein, die aus roten Anschlägen zu ersehen sind. Vom 19. Dezember mittags 12 Uhr an werden die neuen Haltegleise 1-4 in Stuttgart Hbf. in Betrieb genommen; die von und nach Cannstatt über die Vorortgleise verkehrenden Züge fahren von da an auf diesen Haltegleisen aus und ein (statt wie bisher auf den Gleisen 5 und 6); es tritt daher eine neue Uebersicht über die Abfahrt und Ankunft der Züge in Stuttgart Hbf. in Kraft.

Von Dienstag, 20. Dezember an verkehrt Werktags ein neues Zugpaar Stuttgart Hbf.-Eßlingen und zurück; Stuttgart Hbf. ab 7.37, Eßlingen an 8.00, Rückfahrt: Eßlingen ab 11.00, Stuttgart Hbf. an 1.25, mit Halt auf allen Zwischenstationen.



Gedenket der hungernden Vögel

Die schönsten Mäntel
zu billigsten Preisen
bei
KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

Für den Weihnachtsbedarf

empfehle ich mein reichsortiertes Lager

in

Damasten in allen Qualitäten	Herren-, Damen- und
Halbleinen schmal und breit	Kinderwäsche
Baumwollflanelle	fertiger Bettwäsche
für Hemden und Kleider	Tischtüchern u. Servietten
Trikotagen jeder Art	Tischdecken, Teegedecken
wollenen Bettüchern	Hand- und Frottirtüchern

Bettvorlagen

Stickereien und Klöppelspitzen
in reicher Auswahl.

FRANZ SCHOENLEN

Aussteuergeschäft

Calw — Obere Marktstraße 36



Nein,
nichts anderes!

Es gibt nur ein echtes

Palmin

feinstes Cocos-Speisefett zum Kochen, Braten, Backen

Untrügliche Kennzeichen:

Aufschrift „Palmin“
und Namenszug

Alleinige Hersteller: H. Schünck & Co. A.-G. Hamburg



Empfehlenswerte

Weihnachts-Geschenke:

Mercedes- u. Wolfo-Schuhe

die beliebtesten Marken

In jeder Preislage das Richtige

Modern — Solid — Preiswert

Ein Beispiel: Damenzugschuhe mit

Pelzeinsatze, echt Bogcafs M. 12.75

Geyer-Ramelhaar-Schuhe, Sports- und Fußball-Stiefel
Samaschen und Gummischuhe usw. kaufen Sie vorteilhaft bei

Fritz Schuler, Bahnhofstr.

Esst mehr Früchte
und Ihr bleibt gesund!

Bananen
Datteln
Feigen
Trauben
Mandarinen
Orangen
Citronen
Hafelnüsse
Hafelnußkerne
Mandeln
Walnüsse
Erdnüsse
Para-Nüsse
Kokosnüsse

erhalten Sie stets frisch u. preiswert bei

Wurster am Markt

LUGER

Große

Citronen

5 Stück 28 Pfg.

süße

Orangen

Pfund 25 Pfg.

Stück von 5 Pfg. ab

Für die Feiertage

empfehle ich

Rollschinken in allen Größen
Lachsschinken, Schinkenroulade
Delikatessroulade, Zervelatwurst
Salami, Bierwurst
sowie sämtliche
Wurst- und Fleischwaren

Otto Schlatterer, Calw

Kemdentuche
Croisé
Sportflaneln
Halbleinwand
Damaste
Unterröcke
Schlupfhosen
Strümpfe

führen wir in guten
Qualitäten und billigen
Preisen.

Geschw. Stanger

Obere Marktstraße 23

Fahrräder

in allen Preislagen

Ghr. Widmaier

Mechan. Werkstätte.

Strümpfe

aller Art zum Ankreiden
sowie alle Strickarbeiten

zur pünktlichen Ausführung
werden angenommen bei

Geschw. Stanger

Obere Marktstraße 23

Passende Weihnachtsgeschenke

für Herren:

Zefirhemden
in großer Auswahl
Krawatten — Selbstbinder
Handschuhe — Hosenträger
Taschentücher

empfehlen

Franz Schoenlen, Calw

Obere Marktstraße 36.

Gaben für den Weihnachtstisch

Bücher

Sämtl. Neuerscheinungen
auf Lager

Jugendchriften
für jedes Alter

Kochbücher

Briefspapiere

Kassetten
von Mk. —.60 bis 10.—

Briefblocks
in allen Sorten

Schreibmappen
von Mk. 5.— bis Mk. 25.—

Photo-Einklebe-Album
von Mk. —.60 bis 20.—

Füllhalter 3.— 30.—

Lederwaren

Damentaschen
von Mk. 1.— bis 30.—

Portemonnaies
von Mk. 0.40 bis 7.—

Brieftaschen
von Mk. 3.— bis 10.—

Cigarren- und Cigaretten-
Etuis

von Mk. 4.— bis 12.—

Schüler-Etuis
von Mk. 1.50 bis 8.—

Spiel- u. Bilderbücher

Reisenspiel und Lotto

Brettspiele

Modellier- und Legespiel

Fang den Hut

Biene Maja

Mensch ärgere dich nicht

Galma und Quartett

Das beliebteste:

Tisch-Tennis

Musik

Klaviere

Violin

Sithern

Handharmonika

Mundharmonika

Grammophone

Kinder-Apparate

von Mk. 4.— an

Münchener Kunstfiguren
von Mk. 2.— bis 100.—

Wasseralfinger Kunstgüsse
von Mk. —.90 bis 10.—

Bilder aller Art
gerahmt und ungerahmt

Ernst Kirchherr,

Buch-, Papier- und Schreibwarenhandlung
Buchbinderei :: Badstr. 163 u. Lederstr. 175

Turnverein Calw
von 1846, e. V.

Der Verein begeht heuer seine
Weihnachts-Feier
am Samstag, den 17. Dezember,
von abends 8 Uhr an,
im Gasthof zum Badischen Hof.
Unsere Mitglieder sowie Freunde
unserer Sache sind herzlich willkommen.
Calw, den 14. Dezember 1927.
Der Turnrat.

Kinder haben keinen Zutritt.

Musik-Berein Sirsau e. V.
Der Musik-Berein hält am Sonntag
seine diesjährige
Weihnachts-Feier
im Gasthof zum Röhle
ab, verbunden mit
Konzert und Theater-
Aufführungen
unter gütiger Mitwirkung des
Musikvereins Altbengstett
wozu wir unsere Mitglieder und
Angehörigen, sowie alle Freunde
und Gönner zum zahlreichen Be-
such einladen. Saalöffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.
NB. Das Reservieren von Plätzen ist nicht statthaft.
S. A. des Ausschusses: **Gustav Stog, 1. Vorstand.**

Praktische Weihnachtsgeschente

Bettvorlagen	Läuferstoffe	Bettüberwürfe
1.20, 2.—, 2.40, 3.30, 4.90, 5.10, 5.70, 6.10, 7.60, 8.70, 10.30, 10.80, 11.—, 17.60, 19.90, 21.60	1.40, 2.20, 2.40, 3.80	farbig: 5.70, 7.—, 8.60, 8.70, 9.—, 10.50 10.80

Warme Wolldecken

Mellert	6.30, 7.30, 8.20, 10.20, 10.50, 12.—
Kamelhaarfarbig	8.50, 12.—, 16.50, 18.50, 20.—, 24.50, 29.50
Kamelhaar	37.50, 40.50, 49.—, 61.—
Sacquard	14.—, 17.—, 18.50, 21.50, 22.—, 28.—, 32.—, 40.—

Weißer Tischtücher und Mundtücher	Farbige Tischdecken
b'wollen, halbleinen und reinleinen	3.70, 4.—, 5.—, 5.50,
2.90, 4.—, 4.50, 4.80, 5.—, 5.50, 6.20, 6.25, 8.—, 8.95, 9.50, 10.60, 15.20, 15.60, 20.30, 20.90, 27.60, 31.10, 33.80	6.—, 6.80, 7.50, 8.90, 9.50, 10.—, 10.80, 12.—, 12.80, 14.—, 14.50, 15.50, 19.—, 22.—, 24.50

Fertige Bettwäsche gestickt oder festoniert

Rissen: 2.—, 3.—, 3.20, 3.25, 3.60, 3.70, 3.85, 4.—, 4.10, 4.20, 4.30, 4.60,
4.70, 4.80, 5.60, 5.90, 7.40, 11.50

Haipfel: 2.20, 2.80, 3.40, 3.50, 3.60, 3.70, 3.75, 4.10, 4.20, 4.25, 4.35, 4.80,
4.95, 5.50, 5.80, 6.30, 6.50, 6.60, 11.20

Oberleintücher: 8.40, 9.—, 9.10, 9.75, 10.60, 10.70, 10.95, 11.—, 11.10,
11.30, 11.40, 11.50, 11.70, 11.80, 12.15, 12.60, 22.—

Paul Ränchle a. Markt Calw

Turnverein Altbengstett.

Der Verein hält am Sonntag,
den 18. Dezember 1927 im
Gasthaus zur „Krone“ seine
Weihnachts-Feier

verbunden mit theatralischen, turnerischen und
musikalischen Darbietungen.

Hiezu sind Freunde und Gönner unserer
Sache herzlich eingeladen. Der Ausschuss.

Saalöffnung 3 Uhr.

Der
„Sängertrupp“ Liebelberg
feiert am nächsten Sonntag, den
18. Dezember 1927
im Gasthaus zum „Sirsau“
seine
Weihnachts-Feier
verbunden mit
Gesang, Theateraufführung und
Gabenverlosung.

Hiezu ergeht Einladung. Der Ausschuss.
Schulkinder haben keinen Zutritt.

Kleinkinderschule Calw.

Zu unserer Weihnachtsfeier a. Mittwoch, 21. Dez.
nachm. 4 Uhr im Vereinshausaal laden wir die Eltern
der Kinder und alle Freunde unserer Sache herzlich ein.
Gaben dafür nehmen gerne entgegen: Stadtpfarrer
Lang, die Schwestern u. Herr Oberschreier Pfizenmaier.
Wir danken herzlich für alle unsern Kindern erwiesene
Freundlichkeit. **Ausschuss der Kleinkinderschule:**
S. A. Stpf. Lang.

Nagold.
Gasthof z. „Löwen“.
Sonntag, den 18. Dez. 1927
von nachm. 3-7 u. 8-12 Uhr

**Saalbau-
Eröffnungs-
Feier**

unter Mitwirkung
der gesamten
Stadtkapelle Nagold.
Leitung:
Städt. Musikmeister
Cortesehewski.
Hiezu ladet höflichst ein
Familie Kuelenbauer

Pianos
altbew., erster Güte mit
Vollpanzer, billigst mit
Zahlungs-Erleichterung
Carl A. Elias
Pianosfabrik, Stuttgart
nur Rotebühlstr. 91
oberhalb Feuersee
Gebr. Klaviere
billigst.

Plannkuch

Wir empfehlen
frisches
Gemüse:
Binnenhohl
extra große Köpfe
Stück 1.— an
Schwarz-
wurzeln
Pfd. 50 Pfg.
Kohlrut
Weißkraut
Wirsing
rote Rüben

Plannkuch

Suche auf 1. 1. 1928
guten
Raum
(evtl. leer. Zimmer)
zum Unterstellen v. Möbeln
Hauptl. R. 1g.
Angeb. an Frau
Felicitas Schlaich
Salzgasse 62.

Bad Teinach.
Weg. Vergrößerung meines
Anwesens verkaufe ich mein
Nebengebäude
auf den
Abbruch
geeignet zum Wiederaufbau
als Haus oder Scheuer.
Opferkuch z. Lamm.

Breitenberg.
Verkaufe, weil entbehrlich,
ältere, gutgängige
**Fuchs-
Stute**
Rassepferd edl. Abstammung
Soh. Georg Greule.

Am Samstag und Sonntag
(Statt Thomas-Feiertag) halte ich
Mehel-Suppe
und lade hierzu höflichst ein
Adolf Ziegler z. Ranne.

**Gesangverein Eintracht
Neuhengstett**
Der Verein hält
am Sonntag, den 18. Dezember
im Saalbau zum „Röhle“
seine
Weihnachtsfeier
ab mit
musikalisch. u. theatralisch. Darbietungen
(Weinfest) anschließend
Gabenverlosung
Hiezu ladet freundlich ein der Ausschuss.
Saalöffnung 6 Uhr Anfang 7 Uhr.

Rotfelden.
Von Samstag, den 17. Dezember, nachmittags, über
den Sonntag findet im
Gasthaus zum „Waldborn“
die Fortsetzung und wahrscheinlich Schluß
des angefangenen großen
Preisregels
statt. Es kommen sehr hohe Preise in Betracht.

Wenn Sie Ihrer Frau zu
Weihnachten ein Paar meiner
erstklassigen Stühle schenken,
wird Sie Ihnen, wenn Sie je
einmal über die Polizeistunde
hinaus sitzen bleiben sollten,
keinen Schutzmann auf den
Hals senden.

**Stühle jeder Form in den ver-
schiedensten Holzern liefert**
**Albert Dalkoimo, Bau- und Möbel-
Schreiner,
Calw, Kronengasse.**

Ihren Weihnachtsbedarf
in
Schuhwaren
kaufen Sie gut und billig im Spezialgeschäft von
Carl Fischer, Stuttgarterstr. 394
Trotz bedeutend. Preiserhöhungen der Schuhfabriken
bin ich in der Lage, vom 9.—18. Dezember
schöne und prima Schuhe
bis zu 10%, unter den bisherig. Preisen abzugeben
Überzeugen Sie sich selbst von meiner Leistungsfähigkeit!
Maßarbeiten und Reparaturen
werden gut und prompt ausgeführt.